

Sessionsbericht Ständerat Sommersession 2009

Datum Juni 2009

Von Verena Diener, Ständerätin Zürich

Die Sommersession war im Ständerat reich befrachtet mit lauten und leisen Tönen.

Zu den leisen gehörte z.B. die **Änderung der Strafbehördenorganisation des Bundes**. Da ich in der vorbereitenden Subkommission kräftig mitgestaltet hatte, freute ich mich, dass die Gesamtkommission und dann auch das Plenum dem Vorschlag zustimmten. So wird künftig der Bundesanwalt durch die Bundesversammlung gewählt und die Bundesanwaltschaft der Aufsicht einer unabhängigen Behörde unterstellt. So soll eine Entflechtung der Gewalten- und Interessenkonflikte besser gewährleistet werden. Sogar der Bundesrat stimmte – wenn auch widerstrebend – dem neuen Modell zu. Nun liegt es am Nationalrat, unserem Modell noch zuzustimmen.

Auch die **11. AHV-Revision**, die einen Vorschlag von unserem glp Nationalrat Thomas Weibel aufnahm, einen Teil der Einsparungen, die die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 bringen, für die Abfederung von Rentenvorbezügen einzusetzen, wurde von einer klaren Mehrheit unterstützt. Zu bedauern ist, dass ein schon lange erwarteter Vorschlag zur Gesamtsanierung unserer AHV immer noch aussteht. Da schieben wir, genauso wie bei der IV und der Arbeitslosenversicherung eine grosse finanzielle Defizit-Bugwelle vor uns hin. Verantwortungsvoll und vorausschauend ist das nicht.

Das umfangreichste Geschäft war bei uns allerdings die **Aktienrechtsrevision**. Diese war heftig umstritten und wurde mit der Diskussion zur Initiative von Herrn Minder (Abzockerinitiative) verknüpft. Für mich war schon in der Kommissionsarbeit klar, dass die Aktionärsrechte zu stärken sind. Die teilweise fast grenzenlose Gier von Managern und Verwaltungsräten in der Vergangenheit und der Griff zur kurzfristigen Renditen ohne Beantwortung der Fragen zur Nachhaltigkeit, verlangen ein griffigeres Aktienrecht.

So setzte ich mich konsequent für mehr Transparenz und „demokratische“ Legitimation der Entschädigungen und Boni durch die Aktionäre an der Generalversammlung ein. Und dies nicht nur für den Verwaltungsrat sondern auch für die Geschäftsleitung und Beiräte. Hingegen unterstützte ich keine Anträge, die fixe Obergrenzen festlegen wollten. Leider lehnte der Gesamtrat Transparenz und Bewilligung von Entschädigungen von Beiräten und Geschäftsleitungsmitgliedern ebenso ab wie auch die Forderungen nach einem Verbot von Vorausvergütungen oder Prämien bei Firmenverkäufen und –käufen.

Das führte am Schluss der Debatte dazu, dass dieses Geschäft mit 26 Ja zu 8 Nein bei 5 Enthaltungen an den Nationalrat weitergeleitet wurde.

In den Randstunden setzte ich mich zudem mit einer überparteilichen Gruppe von National- und Ständerätinnen zusammen, um ein griffiges Paket zur **Senkung der Kosten im Gesundheitswesen** zu schnüren. Mit meinen zwei Motionen zur Senkung der Medikamentenpreise, die ich im Frühling eingereicht hatte und die der Ständerat in dieser Session angenommen und überwiesen hatte, war ja auch schon ein guter Grundstein gelegt. Es war erfreulich, wie gut und effizient es uns gelang, einen vielfältigen, raschumsetzbaren Vorschlag zu erarbeiten, der nun direkt von den vorberatenden Kommissionen diskutiert und übernommen werden kann.

Verena Diener, Ständerätin Zürich